

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 12.09.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Elisabeth Krausbeck	Ausschussvorsitzende/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Jürgen Busse	CDU
Herr Werner Misch	CDU
Herr Andreas Scholtyssek	CDU
Frau Birgit Leibrich	DIE LINKE.
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle
Herr Christoph Bernstiel	SKE
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE
Frau Marion Krischok	SKE
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE
Frau Dr. Regina Schöps	SKE
Herr Stefan Schulz	SKE
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter
Frau Martina Wildgrube	Verwaltung
Herr Wolfgang Hans	Verwaltung
Frau Rita Lachky	Verwaltung
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verwaltung
Herr René Müller	Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Frau Beate Fleischer	FDP
Frau Julia Burghardt	SKE

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Frau Elisabeth Krausbeck**, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnet und geleitet.

Frau Krausbeck stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt. Sie teilte mit, dass der Tagesordnungspunkt 6 von der Verwaltung abgesetzt wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 04.07.2013
4. Auswirkungen der Polizeistruktureform in Sachsen-Anhalt
5. Hochwasserbericht 2013
6. Tischvorlage zur Grundwasserabsenkung Halle-Neustadt abgesetzt
7. Sachstand zum Osendorfer See
8. Beschlussvorlagen
- 8.1. Brandschutzbedarfsplan
Vorlage: V/2012/10626
9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung
Vorlage: V/2013/11799
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
11. Mitteilungen
- 11.1. Baumfällliste
12. Beantwortung von mündlichen Anfragen
13. Anregungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 04.07.2013**

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 04.07.2013.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung der Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 **Auswirkungen der Polizeistrukturreform in Sachsen-Anhalt**

Frau Wildgrube, Referentin für Ordnung und Sicherheit, wies darauf hin, dass im April dieses Jahres eine Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu diesem Thema gestellt wurde. Die Verwaltung hatte dazu geantwortet. Damit die Mitglieder des Ausschusses über den aktuellen Stand informiert sind, wurde diese Thematik auf die Tagesordnung gesetzt. **Herr Reisse, Leitender Kriminaldirektor des Ministeriums für Inneres und Sport**, berichtete über die Entstehung und die Arbeit der eingerichteten Projektgruppe „Polizei 2020“. Weitere Ausführungen hierzu wurden durch **Frau Bergmann, Polizeipräsidentin Sachsen-Anhalt Süd**, und **Herr Schwan, Leiter der Polizeidirektion Halle**, getätigt.

Derzeit werde an einem Konzept für eine zukunftsfähige Polizeistruktur gearbeitet. Der geplante Personalabbau sei bereits im vollen Gange - seit 2008 bereits 1.100 Abgänge. Man müsse sich Gedanken machen, wie mit geringerem Personal die Sicherheit weiterhin gewährleistet werde. Hierzu wurde eine Projektgruppe gebildet, die zwei Strukturmodelle vorgestellt habe. Ein Kompromissmodell werde derzeit geprüft.

Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende, bedankte sich für die Ausführungen und gab nun den Mitgliedern des Ausschusses Gelegenheit für Anfragen zu dieser Thematik.

Herr Misch, CDU-Fraktion, möchte gern wissen, ob Aussagen getroffen werden können, wie viel Bedienstete für operative Aufgaben freigesetzt werden. **Herr Reisse** teilte mit, dass dann nicht mehr Bedienstete vorhanden seien als jetzt. Bis 2016 solle jedoch nicht auf unter 6.000 Vollzugsbeamten abgebaut werden, im Jahr 2019 nicht auf unter 5.000. Zum 01.01.2013 gab es noch 6.765 Polizeivollzugsbeamte.

Frau Krischok, sachkundige Einwohnerin, fragte an, ob sich etwas für Halle im Bereich der bedarfsorientierten Präsenz der Regionalbereichsbeamten ändere. **Frau Bergmann** teilte mit, dass die Präsenz wichtig sei und man Funkstreifen erhalten möchte. **Herr Schwan** ergänzte, dass aus der Erfahrung heraus bestimmte Zeiträume vermehrt abzusichern seien. Weiterhin soll die Arbeit in der Prävention weiter wahrgenommen werden.

Frau Leibrich, Fraktion Die LINKE., wies darauf hin, dass aus Sicht der älteren Einwohner die Polizeipräsenz nicht sichtbar sei. Sie möchte gern wissen, ob es noch die Fußstreife gebe und ob die Dienststellen wie gehabt erreichbar seien. **Herr Schwan** teilte mit, dass versucht werde, Liegenschaften in Außenstellen weiterhin zu erhalten. So sei die Einsatzbereitschaft rund um die Uhr beliebt. Dies soll erhalten bleiben, ebenso die Außenstelle Neustadt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Halko, Leiter Team Brand- und Hilfeinsätze, stellte die Inhalte dar. Die Struktur sei ähnlich der des Hochwasserberichtes aus 2011.

Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende, bedankte sich für die Ausführungen und gab nun den Mitgliedern des Ausschusses Gelegenheit für Anfragen zu dieser Thematik.

Herr Misch, CDU-Fraktion, wies auf die Schlussfolgerungen aus dem HW-Bericht 2011 hin. Der Gimritzer Damm sei nicht als Hochwasserschutzanlage geeignet. Nun sei er verschlissen. Er möchte gern wissen, was sich am Zustand konkret geändert habe. **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, wies darauf hin, dass zum baulichen Zustand keine Aussage getroffen werden könne. Die Aussagen von 2012 wurden durch die damalige Oberbürgermeisterin im Hauptausschuss mitgeteilt und gaben das Ergebnis der Gespräche mit dem Landesamt für Hochwasserschutz (LHW) wieder. Das LHW favorisierte eine Spundwand im alten Deich. Warum die Meinung geändert wurde, entziehe sich seiner Kenntnis.

Frau Krischok, sachkundige Einwohnerin, möchte gern wissen, warum die Maßnahmen aus dem Bericht 2011 auf Seite 14 nicht umgesetzt wurden. Die Verwaltung wird schriftlich antworten.

Weiterhin wies **Frau Krischok** darauf hin, dass der Pegel Halle-Trotha nicht geeignet sei.

Sie fragte an, was daraufhin getan wurde. **Frau Ruhl-Herpertz, Fachbereichsleiterin Umwelt**, teilte mit, dass 2012 vom Land mitgeteilt wurde, dass geprüft werde.

Des Weiteren wurde festgelegt, dass Festlegungen in einer Satzung „Wasserwehr der Stadt Halle“ festzuschreiben seien. Sie möchte gern wissen, warum es noch nicht eine solche Satzung gebe. **Frau Wildgrube** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Bernstiel, sachkundiger Einwohner, fragte an, warum die Reha Flex GmbH ein Einsatzschwerpunkt war. **Herr Hans** und **Herr Stäglin** teilten mit, dass dort die Keller vollgelaufen seien und jetzt noch Sanierungsarbeiten stattfänden. An einen Normalbetrieb sei noch immer nicht zu denken.

Herr Bernstiel bat um Mitteilung, wie sich die Gefahr für Leib und Leben begründe. **Herr Hans, Leiter der Abteilung Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst**, wies darauf hin, dass im Deich Gas- und Elektroleitungen lägen. Wenn diese nicht rechtzeitig abgeschaltet werden würden und der Damm breche, sei die Gefahr akut.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, hatte mehrere Anfragen:

1. Er kritisierte die genannte Anzahl der betroffenen Menschen (40.000) in Neustadt bei einem Dammbbruch. Er möchte gern wissen, ob dies nicht zu hoch sei.
2. Für die Verteidigung des Gimritzer Dammes wurde bisher angegeben, dass ca. 100.000 Sandsäcke eingebaut wurden. Nunmehr wurde eine Anzahl von 330.000 Sandsäcken angegeben. Welche Anzahl stimme?
3. Warum muss ein neuer Doppelkammerschlauch gekauft werden?
4. Sei die Anzahl der Mitarbeiter im Stab nicht zu hoch und warum seien alle diese angegebenen Personen Fachberater?

Herr Hans beantwortete die Fragen wie folgt:

- zu 1. Die Frage wird schriftlich beantwortet.
- zu 2. Zur Anzahl der verbauten Sandsäcke könne hier keine genaue Zahl genannt werden. Es wurde eine Schätzung vorgenommen. Die Anzahl von 330.000 Sandsäcken sei realistisch.
- zu 3. Der Doppelkammerschlauch wurde beim Abbau durch unsachgemäßes Betreten beschädigt. Es wurde der gesamte Schlauch gesäubert und nach

- deren Funktionalität hin überprüft. Es sei nur noch ein Element (150 m lang) nutzbar.
- zu 4. Fachberater aus der Stadtverwaltung sowie aus außerstädtischen Bereichen seien unentbehrlich. Bei solchen Einsätzen müsse mit allem gerechnet werden.

Frau Leibrich, Fraktion Die LINKE., möchte gern wissen, warum im Hochwasserbericht keine konkrete Aussage zum Zustand des Dammes vorhanden sei. **Herr Stäglin** teilte mit, dass im Jahr 2012 Gespräche mit dem LHW geführt wurden. In deren Ergebnis wurde festgestellt, dass der Damm erneuert werden müsse. Das LHW habe Planungsschritte erarbeitet und festgestellt, dass eine neue DIN-gerechte Hochwasserschutzanlage schnellstens realisiert werden müsse.

Herr Bernstiel merkte an, dass es Gerüchte gebe, dass der Schlauch beim Einsatz an der Eissporthalle versagt habe. Er fragte an, ob dem so sei. **Herr Halko** teilte mit, dass der Schlauch auf die Deichkrone verlegt wurde, was den Einsatzkräften Zeit verschaffte, da dadurch die Krone um 20 cm erhöht wurde. Eine weitere Erhöhung der Krone wurde anschließend mit Sandsäcken erzielt.

Herr Dr. Fuchs, sachkundiger Einwohner, möchte gern wissen, wann die letzten Baugenehmigungen in den Hochwasserschutzgebieten erteilt wurden. **Herr Stäglin** wies darauf hin, dass die HQ 100-Linie als Maßstab zu nehmen ist. Das letzte Hochwasser hat gezeigt, dass diese Linie viele Bereiche nicht erfasst. Es müsse darüber mit der zuständigen Landesbehörde diskutiert werden.

Herr Dr. Fuchs wies auf die Lage von Neustadt hin, wonach Teile der Neustadt höher liegen als der Marktplatz. Er möchte daher wissen, warum bei einem Dambruch so viele Menschen in Neustadt betroffen worden wären und Bewohner in der Innenstadt nicht. **Herr Stäglin** wies auf die Pläne aus der Sondersitzung des Stadtrates vom 11. September 2013 hin. Er sicherte den sachkundigen Einwohnern des Ausschusses die Zusendung dieser Pläne zu.

Frau Krischok möchte gern wissen, wie es passieren konnte, dass 2 Häuser in der Mansfelder Straße/Ecke Hafestraße nicht zur Evakuierung informiert wurden. Gab es noch weitere Fälle? **Frau Wildgrube** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Busse, CDU-Fraktion, fragte an, ob die Stadt in der Lage sei, beim nächsten Hochwasser genügend Sandsäcke zur Verfügung zu stellen. **Herr Stäglin** teilte mit, dass die Untere Wasserbehörde mit der Beschaffung beauftragt sei. Es wurde der Bestand schon aufgefüllt. Jedoch wurde der Komplettbestand noch nicht erreicht. Es werden Details schriftlich nachgereicht.

Herr Sommer, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, wies darauf hin, dass der Oberbürgermeister mitgeteilt habe, dass ein mögliches neues Hochwasser gesichert sei. Er möchte gern wissen, wie er das meine. **Frau Wildgrube** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Krausbeck, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, fragte an, wer die Koordination der freiwilligen Helfer zukünftig übernehme. Dies hatte beim letzten Hochwasser erst nach einiger Zeit die Freiwilligen-Agentur übernommen. **Herr Halko** teilte mit, dass die Anteilnahme der Bevölkerung enorm war. Ohne diese Hilfe wäre einiges anders gelaufen. Die Koordination an den Einsatzstellen war nicht einfach, ebenso die Versorgung. **Herr Stäglin** teilte mit, dass gemäß Hochwasserbericht sich eine Arbeitsgruppe unter Leitung der Unteren Wasserbehörde zweimal jährlich treffe und dabei eine Auswertung vorgenommen werde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Krausbeck beendete den Tagesordnungspunkt und wies darauf hin, dass einige Fragen im Nachgang durch die Verwaltung beantwortet werden müssen und zur Umsetzung der Schlussfolgerungen aus dem Hochwasserbericht im Ausschuss regelmäßig berichtet werden sollte.

zu 6 Tischvorlage zur Grundwasserabsenkung Halle-Neustadt

Der Tagesordnungspunkt wurde durch die Verwaltung abgesetzt.

zu 7 Sachstand zum Osendorfer See

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an Herrn Stäglin.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, wies auf die ausgeteilte Information hin. Dabei habe sich nur eine Änderung unter Punkt 5 ergeben. Es sei gestern der Auftrag zum Abpumpen erteilt worden. Die Maßnahme sei auch in dem Maßnahmenplan zur Schadensbeseitigung aufgenommen worden. Ziel ist es, den Ausgangswasserstand schnellstmöglich wieder zu erreichen.

Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende, bedankte sich für die Ausführung und gab nun den Mitgliedern des Ausschusses Gelegenheit für Anfragen zu dieser Thematik.

Frau Dr. Schöps, sachkundige Einwohnerin, möchte gern wissen, welche Firma den Auftrag erteilt bekam. **Frau Ruhl-Herpertz** informierte, dass den Zuschlag die Firma Hoch-Tief Spezialbau GmbH erhielt.

Herr Misch, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass die Stadt bereits im Juni durch das Landesamt für Geologie aufgefordert wurde, Maßnahmen zu treffen. Er möchte gern dieses Schreiben sehen. **Herr Stäglin** wies auf das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 04.07.2013 hin. Dort habe Herr Johannemann eine Aussage diesbezüglich getroffen. Er sicherte eine inhaltliche Stellungnahme schriftlich zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 8 Beschlussvorlagen

zu 8.1 Brandschutzbedarfsplan Vorlage: V/2012/10626

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an Herrn Halko.

Herr Halko, Leiter Team Brand- und Hilfseinsätze, wies darauf hin, dass der Brandschutzbedarfsplan bereits 2012 behandelt wurde. Aufgrund aufgetretener Fragen

wurde dieser überarbeitet und liegt jetzt mit neuer Statistik und mehreren Aktualisierungen vor.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass die Arbeitszeit der Feuerwehr reduziert wurde. Hieraus ergebe sich eine Erhöhung des Personalbedarfes. Bei der dritten Wache ist aber der Personalfaktor geblieben. Er möchte gern wissen, warum dies so sei.

Herr Halko teilte mit, dass das Ziel bestehe, den Krankenstand bis 2016 zu minimieren. Eine Reduzierung um 3 % wurde angestrebt und sei bereits eingearbeitet. Dies sei eine Zielvorstellung auf das Gesamtpersonal.

Herr Scholtyssek möchte gern wissen, ob das geplante neue Katastrophenschutzzentrum mit in die dritte Wache integriert werden könne. **Herr Hans, Leiter der Abteilung Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst**, teilte mit, dass nach Synergien gesucht werde. Derzeit habe man aber die Südwestwache favorisiert.

Frau Krischok, sachkundige Einwohnerin, wies darauf hin, dass die Anzahl der Mitglieder in den Freiwilligen Feuerwehren um 9 erhöht wurde. Sie fragte an, ob dies ein Ergebnis von Werbung sei. **Herr Halko** teilte mit, dass Werbung durch die Wehrleiter vor Ort erfolge. Dies fungiere sehr gut. Als Fachbereich plane man derzeit mit Flyern und dem „Tag der offenen Tür“ neue Mitglieder für die Freiwillige Feuerwehr zu werben.

Herr Misch, CDU-Fraktion, befürwortet es ausdrücklich, dass die Freiwilligen Feuerwehren zum Beispiel auf Baumärkten mit einem Fahrzeug und Drehleiter vertreten seien. Er möchte sich ausdrücklich dafür aussprechen, dass dies so weiter gemacht werde.

Herr Scholtyssek teilte mit, dass von Freiwilligen Feuerwehren Kritik geäußert wurde, dass deren Meinungen wenig in den Brandschutzbedarfsplan eingeflossen seien. Er möchte gern wissen, welche Form von Beteiligung zugelassen wurde. **Herr Halko** teilte mit, dass die Ortswehrleiter mehrfach inhaltlich einbezogen wurden. Den Ortswehrleitern wurden regelmäßig die Zwischenergebnisse zur Verfügung gestellt. Diese haben auch ausdrücklich die Schaffung des Atemschutzkomplexes befürwortet.

Herr Misch fragte an, ob im Brandschutzbedarfsplan die Ausstattungswünsche der Freiwilligen Feuerwehren aufgezeigt seien. **Herr Halko** wies darauf hin, dass die Ausstattung nach den DIN-Vorschriften ausreichend sei. Das Ziel sei, dass das Niveau beibehalten werde und die bauliche Ausstattung sowie das Personal verbessert werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Krausbeck bat zunächst die sachkundigen Einwohner um ihr Votum.

Abstimmung: einstimmig zugestimmt

Nunmehr bat **Frau Krausbeck** um Abstimmung durch die Stadträte.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die unter Kapitel 8.3 des anliegenden Brandschutzbedarfsplans aufgeführten Maßnahmen. Die Umsetzung erfolgt nach Maßgabe des Haushaltsplanes.

2. Zur Gewährleistung des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung ist die Errichtung einer weiteren Außenwache der Berufsfeuerwehr notwendig. Ziel ist die Umsetzung des zu realisierenden Schutzziels im nördlichen und nordöstlichen Stadtgebiet sowie im Industriegebiet Star Park Halle A 14.
3. Der Stadtrat beschließt folgendes Schutzziel:
 - **9 Einsatzkräfte** treffen in der Regel und unter gewöhnlichen Bedingungen innerhalb von **12 Minuten** nach der Alarmierung an jeder Einsatzstelle ein, die über öffentliche Verkehrsflächen zu erreichen ist.
 - **Nach weiteren 5 Minuten** sollen **6 weitere Einsatzkräfte** an der Einsatzstelle eintreffen.
 - Bei **mindestens 80 % der hilfsfristpflichtigen Einsätze** sollen in jedem Stadtteil/Stadtviertel die Zielgröße Hilfsfrist und Funktionsstärke eingehalten werden.

zu 9 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 9.1 **Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung** **Vorlage: V/2013/11799**

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an Herrn Sommer.

Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, informierte, dass die Antragstellerin, Frau Wolff, sich für heute entschuldige. Der Antrag sei inhaltlich erledigt. Jedoch bat er die Verwaltung um Stellungnahme, bevor er den Antrag für erledigt erkläre.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, erläuterte die Sicht der Verwaltung. Informationen konnten aus der Presse entnommen werden. Es bestand berechtigterweise Sorge. Die kommunalen Spitzenverbände haben sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Regelung nicht greife.

Herr Sommer erklärte den Antrag für erledigt.

Abstimmungsergebnis: erledigt

Anmerkung: Der Antrag wurde von der Fraktion als erledigt erklärt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zeitnah zu prüfen, welche Mittel sie gegen die zu erwartende EU-Richtlinie zur Dienstleistungskonzession der zurzeit vergaberechtsfreien Wasserversorgung einlegen kann, um diese zu verhindern. Die Stadtverwaltung soll bis Juli 2013 berichten, welche Maßnahmen sie ergreifen will oder in welcher Form sie bereits aktiv geworden ist.

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 11 Mitteilungen

Frau Ruhl-Herpertz, Fachbereichsleiterin Umwelt, wies auf das im Ausschuss abgestimmte Verfahren zur Novellierung der Abfallwirtschaftssatzung und Abfallgebührensatzung hin. Dabei wurde vereinbart, dass die Fraktionen mitarbeiten. Bisher habe nur eine Fraktion davon Gebrauch gemacht und einen Gesprächstermin vereinbart.

Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende, wies auf die digitale Versendung der Ausschussunterlagen hin. Es habe sich herausgestellt, dass die Versendung aller Unterlagen entweder elektronisch oder in Papierform erfolgen müsse. Eine Differenzierung nach Art der Unterlage könne nicht weiter erfolgen. Es wird darum gebeten eine Information an Herrn Müller zu geben, wer die Unterlagen nur in digitaler Form erhalten möchte und auf die Zusendung der Sitzungsunterlagen in Papierform verzichte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 11.1 Baumfällliste

Die Information „Baumfällliste“ wurde allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt. Diese wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Fuchs, sachkundiger Einwohner, wies darauf hin, dass entlang der Linie des geplanten Dammes Bäume gefällt wurden. Er möchte gern wissen, wie viele und was für welche. **Frau Ruhl-Herpertz** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Dr. Schöps, sachkundige Einwohnerin, merkte an, es falle auf, dass bei Baumaßnahmen immer Bäume gefällt werden müssen. Sie regte an, dass bei Verlegung von Steinen der Baum umgangen werde. Es sollte immer hinterfragt werden, ob eine Fällung notwendig sei (zum Beispiel im Bereich von Feuerwehraufstellflächen). **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, wies darauf hin, dass Bestandsschutz in Planungen immer ein Thema sei. Es müsse aber auf Rettungssituationen geachtet werden. Einen Bordstein zu unterbrechen sei nur sinnvoll, wenn ein Naturdenkmal zu schützen sei. Weiterhin stellte er dar, dass in der Vergangenheit schon öfter Kritik zu Baumfällungen geäußert wurde. Nachdem man dann aber Neupflanzungen durchgeführt habe, wurden die Gesamtmaßnahmen sehr gelobt. Als Beispiel seien die Arbeiten am Holzplatz zu nennen. Dort hatten sich Bürger stark engagiert.

Herr Sommer, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, stimmte den Aussagen von Herrn Stäglin zu. Als ein weiteres Beispiel nannte er die Dorfeiche in Büschdorf. Leider ist die neu gepflanzte Eiche eingegangen, da diese wahrscheinlich nicht genug Wasser bekam. Er hat sich dazu bereit erklärt sich mit der Abteilung Stadtgrün in Verbindung zu setzen und einen Ersatz zu koordinieren.

Frau Ruhl-Herpertz, Fachbereichsleiterin Umwelt, ergänzte die Mitteilungen zu Baumfällungen. So finden im Solbad Wittekind folgende Bauarbeiten statt:

1. Wittekindstraße 12: denkmalpflegerische Sanierung einer Villa zu einem Mehrfamilienhaus. Der in einem Abstand von nur 1,2 m zum Haus stehende Spitzahorn kann baubedingt nicht erhalten werden, da während der Trockenlegung des Kellers/Fundaments starke Wurzeleingriffe nicht zu vermeiden sind (notwendige Grabenbreite ca. 0,8 m). Da er zudem in einer exponierten Lage auf der Mauerkrone wächst, ist dann die Standsicherheit nicht mehr gegeben.
2. Wittekindstraße 12: Die denkmalpflegerische Sanierung des nur noch als Ruine erhaltenen Gesellschaftshauses erfordert
 1. Den Rückschnitt an einer Eiche und
 2. Die Entfernung einer maroden hohlen Linde und die auf der Ruine aus dem Reststamm wachsende Esche.

Darüber hinaus werden zwei nicht nach Baumschutzsatzung geschützte Robinien gefällt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 12 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Krischok, sachkundige Einwohnerin, wies auf die Aussagen zum Winterdienst aus der letzten Sitzung hin. Diesbezüglich fragte sie an, wie die Freihaltung der Gehwege kontrolliert werde und ob wieder eine Information wie im vergangenen Jahr im Amtsblatt erfolge. Die Verwaltung wird schriftlich antworten.

Weiterhin möchte sie gern wissen, ob und wenn ja, welche bisherigen Wahllokale bei der Bundestagswahl geöffnet seien bzw. wie auf geschlossene und nicht behindertengerechte Wahllokale hingewiesen werde. **Frau Lachky, Fachbereichsleiterin Einwohnerwesen**, sicherte eine Darstellung der einzelnen Veränderungen der Wahllokale in schriftlicher Form zu. Bezüglich der Hinweise ist ein guter elektronischer Service vorhanden. Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, ergänzte diese Aussagen. Zu der bevorstehenden Bundestagswahl wurde erstmals statt einer Wahlbenachrichtigungskarte ein Wahlbenachrichtigungsbrief versandt. Darauf sei mehr Platz für Informationen erhalten.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 13 Anregungen

Herr Dr. Fuchs, sachkundiger Einwohner, teilte mit, dass in Hochwasserbereichen nicht alle Baumarten gepflanzt werden können. Es müsse auf Art und Größe geachtet werden. Er regte an, dass die Verwaltung bei etwaigen Planungen eine Prüfung vornehme. **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, sicherte dies zu.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, beendete die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Für die Richtigkeit:

Datum: 28.10.13

Uwe Stäglin
Beigeordneter

Elisabeth Krausbeck
Ausschussvorsitzende

René Müller
Protokollführer